

Kleine Anfrage 169

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Klärung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz im Landkreis Teltow-Fläming – Stadt Baruth

Die Deutsche Bahn AG strebt seit mehr als einem Jahrzehnt die Beseitigung von niveaugleichen Eisenbahnkreuzungen, die im Bereich des Streckennetzes auf 200 km/h ertüchtigt werden soll, an. Diesbezüglich gibt es schon seit mehr als einem Jahrzehnt bestehende Probleme und laufende Projekte bzgl. der Beseitigung von niveaugleichen Eisenbahnkreuzungen mit den Straßenverkehrswegen.

Immer wieder stellt sich in der Bevölkerung die Frage, wann nun endlich diese entsprechenden beschränkten Bahnübergänge abgeschafft werden und die entsprechenden Brücken oder Straßenunterführungen gebaut werden, um einen flüssigen Verkehr für die Bevölkerung sicherzustellen.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Seit wann laufen die Verhandlungen zwischen der Stadt Baruth und der Deutschen Bahn AG bzgl. der Beseitigung der Eisenbahnkreuzung in der Stadt Baruth?
2. Wie ist der Sachstand der Herstellung des Einvernehmens im Rahmen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes?
3. Gibt es nach wie vor Möglichkeiten für die Gemeinden den Drittel Eigenanteil für die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung bzw. die aus der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung resultierenden Kosten bei der Landesregierung im Rahmen von Fördermittelprogrammen zu beantragen? Wenn ja, wie hoch ist der Etat für das Jahr 2013/2014 gewesen?
4. Hat die Stadt Baruth einen Antrag auf Fördermittelbereitstellung gestellt?
5. Wie weit ist der Stand des Planfeststellungsverfahrens für den entsprechenden o.g. Streckenabschnitt?
6. Wann denkt die Landesregierung könnte es zu einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn AG und der Stadt Baruth kommen?
7. Unterstützt die Landesregierung die Stadt Baruth? Wenn ja, in welcher Art und Weise und in welchem Umfang und mit welcher Zielstellung?